

## 25 Forderung nach Verbesserung der Arbeitsplatzsicherheit

Im Juli d.J. ereignete sich eine größere Serie schwerer Unfälle, die die staatliche Behörde für die Überwachung der Arbeitssicherheit beim Staatsrat (State Administration of Work Safety Supervision = SAWSS) aktiv werden ließ. In einem dringenden Rundschreiben forderte die Behörde alle zuständigen Stellen dazu auf, der Arbeitsplatzsicherheit Priorität einzuräumen. Die für Arbeitsunfälle verantwortlichen Personen würden entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen hart bestraft werden. Zhang Baoming, Direktor der SAWSS, hob auf einer nationalen Konferenz Ende Juli hervor, dass die augenblickliche Sicherheit am Arbeitsplatz unzureichend sei, da weiterhin schwerwiegende Unfälle passierten.

Alein im Juli mussten drei schwere Unfälle und eine Explosion registriert werden. So ereignete sich im Dorf Gangzi (Stadt Xuzhou, Provinz Jiangsu) ein Bergwerksunglück, bei dem nach offiziellen Angaben 106 Bergleute verschüttet wurden, von denen bisher noch 13 gerettet werden konnten. Nach Angaben von Hui Liangyu, Parteisekretär der Provinz Jiangsu, sei daraufhin der Betrieb von rd. 100 kleinen Bergwerken ausgesetzt worden. Sie sollen auf ihren Sicherheitsstandard untersucht werden.

Anfang Juli kam es zu einem Bergwerksunglück in der Stadt Baishan, Provinz Jilin, bei dem 21 Bergleute starben. Einige Tage darauf ereignete sich ein Eisenbahnunglück in Sichuan mit 22 Toten und 10 Verletzten. Die Sprengstoffexplosion im Dorf Mafang in der Provinz Shaanxi wenige Tage später führte zum Tod von 70 Menschen und hatte 85 Verletzte zur Folge. Am darauf folgenden Tag starben 36 Arbeiter auf einer Werft in Shanghai, als ein Kran kollabiert.

Die offizielle Gesamtzahl der Unfälle am Arbeitsplatz wird für das 1. Halbjahr mit rd. 350.000 angegeben. Bei diesen Unfällen starben insgesamt rd. 47.000 Personen. 64 Unfälle zählten zu den schweren Unfällen, bei denen jeweils mehr als 10 Personen ums Leben kamen.

Besonders Bergwerksunfälle traten in den letzten Jahren häufig auf. Allein in den ersten 11 Monaten des letzten Jahres starben 5.317 Menschen bei solchen Unglücken. Im Vergleich zur Periode des Vorjahres 1999 waren dies allerdings rd. 10% weniger. Zhang Baoming, der auch Direktor der Behörde für die Überwachung der Sicherheit von Kohlebergwerken ist, hatte im letzten Jahr angekündigt, dass die Regierung 768 Mio. Yuan (92,9 Mio. US\$) innerhalb des 10. Fünfjahresplanes für die Stärkung der Sicherheit investieren wird. („Coal mining accidents claim 5,317 lives in first 11 months of '00; China to explore safety measures“, 26 December 2000, www.China online.com)

Als Reaktion auf die Nichteinhaltung der Bestimmungen für die Sicherheit am Arbeitsplatz war im März d.J. die SAWSS beim Staatsrat gegründet worden. Derzeit sind Regierungen auf Provinzebene dabei, diese Behörde in den Lokalregierungen zu gründen. Zu den Aktivitäten der SAWSS im 1. Halbjahr zählt die Schließung von rd. 28.000 Produktionsstätten für die Herstellung von Sprengstoff und Feuerwerkskörpern sowie von 594 staats-eigenen Bergminen. Weitere 33.200 kleinere Bergwerke sollen zukünftig ihren Betrieb einstellen, davon allein 18.900 in diesem Jahr. (XNA, 21, 22. und 24.7.01; NZZ, 24.7.01) -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 26 Tung Chee-Hwa in den USA

Zum ersten Mal seit dem Amtsantritt Präsident Bushs reiste der Hongkonger *Chief Executive* Tung Anfang Juli zu offiziellen politischen Gesprächen in die USA. Zwischen Hongkong und Washington war es zuvor zu diplomatischen Irritationen gekommen, als im Mai mehreren Anhängern von Falun Gong mit amerikanischer Staatsbürgerschaft die Einreise nach Hongkong verweigert worden war. Die amerikanische Regierung hatte daraufhin eine Erklärung für dieses Verhalten der Hongkonger Behörden verlangt.

Offensichtlich gelang es Tung Chee-Hwa während seines Besuchs, die Wogen wieder zu glätten. Er versicherte seinen Gesprächspartnern, die Religionsfreiheit bestehe in Hongkong unverändert weiter, und das religiöse Leben in der einstigen britischen Kronkolonie sei sehr lebendig. Besorgnis hatten auf amerikanischer Seite auch Pläne für eine „Lex Falun Gong“ ausgelöst, die die Gruppe illegalisiert hätte. Nach Aussagen ranghoher Regierungsvertreter in Hongkong Anfang Juli sei jedoch nicht damit zu rechnen, dass derartige Bestimmungen in Kraft treten werden. Man sei sich vielmehr der über Hongkong hinausreichenden Sensibilität dieser Thematik bewusst.

In Stellungnahmen im Anschluss an Tungs US-Besuch hieß es denn auch, das Thema Falun Gong hätte keinesfalls im Mittelpunkt der Gespräche gestanden. Diese Einschätzung erscheint durchaus realistisch, wurde seitens der USA im Vorfeld der Reise doch auch Kritik an Exportkontrollen und der Situation der Pressefreiheit in Hongkong artikuliert. Von wesentlich größerer Wichtigkeit war jedoch das Verhältnis USA-China. Sowohl in Hongkong als auch in den USA war mit der Reise Tungs die Hoffnung verbunden, er könne die vorsichtige Wiedernäherung zwischen den beiden Staaten nach dem Flugzeugzwischenfall im April dieses Jahres befördern. Erstmals fiel damit Hongkong eine exponierte Rolle in der chinesischen Außenpolitik zu. Auf Hongkonger und chinesischer Seite stand die Hoffnung, Tung könne das Chinabild der konservativen US-Regierung entzerren und positiv beeinflussen, bevor es zu einer allzu starken Verhärtung käme. Und auch US-Präsident Bush selbst wurde mit den Worten zitiert, er hoffe von Tung Chee-Hwa einen Rat zu erhalten, „wie man mit China umgehen solle“.

Da der Hongkonger *Chief Executive* während seines Besuchs in Washington neben US-Präsident Bush auch die Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, Außenminister Colin Powell und seinen Vize Armitage traf, ist davon auszugehen, dass hier in der Tat u.a. das wenige Tage später in Hanoi erfolgte Treffen des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan mit seinem amerikanischen Amtskollegen Powell vorbereitet wurde. Hongkong konnte hier offensichtlich eine positive Rol-

le im Rahmen des vorsichtigen Annäherungsprozesses zwischen China und den USA nach den krisenhaften Vormonaten spielen.

Als Geste des guten Willens der chinesischen Seite und als Zeichen für eine größere Gesprächsbereitschaft wurde in den USA auch die am 5. Juli in Beijing getroffene Entscheidung gewertet, wieder den Besuch amerikanischer Kriegsschiffe in Hongkong zu gestatten. Diese Praxis war im Anschluss an den Flugzeugzwischenfall über dem Südchinesischen Meer am 1. April ausgesetzt worden. Zwei Minenräumschiffe, die USS Patriot und die USS Guardian, waren die ersten Schiffe der US-Marine, die auf ihrer Route am 25. und 30. Juli wieder in Hongkong vor Anker gehen konnten. Ein weiterer, wesentlich größerer Verband von sechs Schiffen einschließlich des US-Flugzeugträgers Constellation werden für August in Hongkong erwartet. Angekündigt wurden Schiffsbesatzungen in einer Mannschaftsstärke von etwa 6.500 Mann. (SCMP, 5., 7., 10., 11., 13., 14.7.01; WSJ, 10.7.01; XNA, 10.7.01; Xinhua, 12.7.01, nach BBC PF, 13.7.01; RTHK Radio 3 online, 12.7.01, nach BBC PF, 13.7.01; NZZ, 30.7.01) -kg-

## 27 Vier Jahre SVR Hongkong I: Proteste anlässlich des Jahrestags

Am 1. Juli jährte sich die Rückgabe der ehemaligen britischen Kronkolonie Hongkong an die VR China zum vierten Mal. Die offiziellen Feierlichkeiten zum vierten Jahrestag des Souveränitätswechsels beschränkten sich auf eine einfach gehaltene Flaggenparade am Morgen des 1. Juli, die wie in den Vorjahren Anlass für Proteste verschiedener politischer und gesellschaftlicher Gruppen gab.

Während des Festakts auf dem Vorplatz des Hongkonger Convention and Exhibition Centre, wo eine achtminütige Flaggenzeremonie abgehalten wurde, waren Regierungschef Tung Chee-hwa sowie rund 520 Regierungsvertreter und Ehrengäste zugegen. Vertreter der parteistaatlichen Führung in Beijing nahmen an der Zeremonie nicht teil; zugegen aber waren Jiang Enzhu, der Direktor des Hongkonger Verbindungsbüros der chine-

sischen Zentralregierung, Ji Peiding, Vertreter des Außenministeriums der VR China in Hongkong, und Xiong Ziren, Befehlshaber der Hongkonger Garnison der Volksbefreiungsarmee. Das Ereignis zog rund eintausend Zuschauer an.

Mehrere Gruppen hielten anlässlich des Jahrestags politische Demonstrationen ab. Während der Flaggenzeremonie selbst zogen rund ein Dutzend Vertreter einer politischen Aktionsgruppe die Aufmerksamkeit auf sich, die ihrem Protest gegen die Erosion von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in Hongkong symbolischen Ausdruck gaben.

Ein Protestmarsch von rund siebenhundert Demonstranten, bestehend aus 41 Abordnungen politischer Parteien, christlicher Vereinigungen, Gewerkschaften und Antragstellern für ein Aufenthaltsrecht in Hongkong, die direkte Volkswahlen für die Wahl zum Regierungschef forderten, zog am selben Tag durch die Straßen. An Regierungsvertreter übergaben sie eine entsprechende Petition, für die 30.000 Unterschriften gesammelt worden waren.

In einem separaten Protestmarsch demonstrierten rund fünfzig Personen gegen die Wirtschaftspolitik der Hongkonger Regierung, die Rentner, Arbeitslose und andere Gruppen mit niedrigem Einkommen substanzuell benachteilige. Gemäß regelmäßiger Umfragen der Regierung unter der Bevölkerung der Stadt gelten die größten Sorgen derzeit – in dieser Reihenfolge – der konjunkturellen Situation Hongkongs, Beschäftigungsproblemen, Problemen im Bildungssystem sowie im Bereich des Wohnungsbaus. (XNA, 31.5.01; IHT, 29.6.01; XNA, 1., 7.7.01; SCMP, 2.7.01; *Hong Kong iMail*, 2.1.01, nach BBC PF, 3.7.01) -hol-

## 28 Vier Jahre SVR Hongkong II: Die politische Verfassung der SVR im Rückblick

Die politische Lage in der Sonderverwaltungsregion vier Jahre nach dem Souveränitätswechsel in der Wahrnehmung der Hongkonger und der internationalen Medienöffentlichkeit lässt sich etwa folgendermaßen beschreiben: Grundsätzlich erscheint das im

Hongkonger Grundgesetz festgeschriebene Modell „Ein Land, zwei Systeme“ nach wie vor weitgehend funktionsfähig. Die beschränkte politische Autonomie, die die SVR gegenüber der VR China konstitutionell genießt, ebenso wie die demokratischen Freiheiten sind im Allgemeinen intakt geblieben. Es scheint dem gemeinsamen Interesse der parteistaatlichen Führung Chinas und der Regierung der SVR zu entsprechen, die Grundfesten des „Ein Land, zwei Systeme“-Arrangements, das nach wie vor als mögliches Modell auch für die erhoffte Wiedervereinigung mit Taiwan dient, nicht zu erschüttern. Entsprechend hat die Beijinger Führung im zurückliegenden Jahr auf einschneidende Einmischungsmanöver offenbar bewusst verzichtet. Allerdings kam es im Verlauf des zurückliegenden Jahres zu wiederholten Irritationen bezüglich des demokratischen Selbstverständnis, die das politische Klima beeinträchtigten. Diese erratischen Störungen, die in den wenigsten Fällen zu faktischen Konsequenzen führten, sind auf ein nachhaltiges Bemühen der Regierung der SVR zurückzuführen, in sensiblen Fragen potenzielle Provokationen im Verhältnis zur VR China im Vorhinein zu vermeiden. So wurden in kritischen Fragen einerseits frühzeitige Loyalitätssignale gesetzt, andererseits Lösungen bestehender konstitutioneller Grundsatzprobleme, die politisches Konfliktpotenzial bergen, offenbar bewusst aufgeschoben. In der Gesamtheit führte dies zu einer freiwilligen Einschränkung der politischen Handlungsspielräume und zu erratischen Verunsicherungen der Öffentlichkeit.

Als relativ schwerwiegende Beeinträchtigungen des politischen Klimas der SVR wurden im zurückliegenden Jahr die folgenden Ereignisse wahrgenommen:

Mehrfach unter Beschuss kam die Presse- und Meinungsfreiheit in Hongkong. Im Frühsommer 2000 mahnte Wang Fengchao, der Stellvertretende Direktor des Verbindungsbüros der VR China in der SVR, die Hongkonger Medien sollten sich davor hüten, für eine Unabhängigkeit Taiwans einzutreten oder über von der offiziellen Meinung abweichende Positionen zu berichten – eine Äußerung, die einen lauten Aufschrei in der Hongkonger Presse verursachte.

Kurz darauf wurde bekannt, dass einem Politikwissenschaftler an der Hong Kong University, der regelmäßig Meinungsumfragen über die Popularität der SVR-Regierung erhoben und deren Ergebnisse veröffentlicht hatte, seitens der Hochschulleitung, die wiederum entsprechende Signale durch einen persönlichen Assistenten Tung Chee-hwas erhalten hatte, nahegelegt worden war, diese Tätigkeit einzustellen (vgl. C.a., 2000/8, Ü 30).

Im Herbst griff Staatspräsident Jiang Zemin während einer Pressekonferenz in Beijing Hongkonger Medienvertreter scharf an und bezichtigte sie mangelnder professioneller Qualität und politischer Naivität. Eine erhebliche und nachhaltige Verunsicherung löste kurz darauf schließlich der Rücktritt Willy Wo-lap Lams, des langjährigen und kenntnisreichen Redakteurs für die Chinaberichterstattung der englischsprachigen Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post*, aus, die seither spürbar an journalistischem Profil verloren hat. Willy Wo-lap Lam war unter verstärktem Druck geraten, nachdem er verschiedene kritische Beiträge, darunter Artikel über die kommerziellen Interessenverflechtungen zwischen der Hongkonger Geschäftselite und der chinesischen Führung, publiziert hatte (vgl. C.a., 2000/11, Ü 40). Wie Hongkonger Medienvertreter selbst eingestehen, hat die Furcht vor Repressionen und damit der Anreiz für eine politische Selbstzensur seither auch unter der bis dahin von Selbstzensur weitgehend unbeschädeten englischsprachigen Presse zugenommen.

Der überraschende Rücktritt Anson Chans vom Amt des *Chief Secretary of Administration* 14 Monate vor dem regulären Ende ihrer Amtszeit hat zu Anfang dieses Jahres zu einiger Beunruhigung geführt. Vor dem Hintergrund verschiedener undurchsichtiger Konflikte zwischen dem Regierungschef Tung Chee-hwa und dem *Civil Service* der SVR erschien die Angabe von privaten Gründen für ihren Rücktritt allgemein unglaubwürdig. Anson Chan, die in den vergangenen Jahren wiederholt die demokratischen Freiheiten und die Autonomie der SVR verteidigt hatte, genoss in der internationalen Öffentlichkeit einen hervorragenden Ruf als „Gewissen Hongkongs“ – als umso bedenklicher für die Zu-

kunft der Autonomie Hongkongs wurde ihr Rücktritt gewertet.

Für starke Verunsicherung sorgte seit dem Frühjahr dieses Jahres die Frage des Umgangs mit der Falungong-Bewegung, die in der SVR Hongkong anders als in der VR China, wo sie seit dem Juli 1999 als „Kult“ verboten und rigider staatlicher Verfolgung ausgesetzt ist, nach wie vor einen legalen Status als ordentlich registrierte Organisation genießt. Nach mehrmaligen offiziell genehmigten groß angelegten Demonstrationen und Symposien von Falungong-Anhängern in Hongkong (vgl. C.a., 2001/2, Ü 39) häuften sich seit März 2001 allerdings öffentliche Äußerungen hochrangiger Regierungsvertreter der SVR, darunter des Regierungschefs Tung Chee-hwa, der *Secretary of Justice*, Regine Ip, und des neuen *Chief Secretary of Administration*, Donald Tsang, wonach die Bewegung als „Kult“ einzustufen sei (vgl. C.a., 2001/5, Ü 33).

Diese Äußerungen lösten eine intensive Debatte darüber aus, ob und wie eine gesetzliche Grundlage für ein Verbot der Bewegung in Hongkong zu schaffen sei. Als Möglichkeiten kamen – in Anlehnung an ein jüngst in Frankreich verabschiedetes Gesetz – die Ausarbeitung eines eigenständigen „Anti-Kult-Gesetzes“ oder eine gesetzliche Beschränkung der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit (auf der Grundlage des Art. 23 des *Basic Law*) in Betracht. Zwar hat die Hongkonger Regierung inzwischen offiziell verlautbart, dass man sich entschlossen habe, von derartigen Gesetzesmitteln Abstand zu nehmen, doch hat die Debatte das Selbstverständnis demokratischer Freiheiten in der SVR ein weiteres Mal vor eine massive Herausforderung gestellt. Eine Interpretation der Strategie kritischer Äußerungen von Regierungsvertretern über die Falungong-Bewegung legt den Schluss nahe, dass damit beabsichtigt wurde, der chinesischen Führung gegenüber in dieser sensitiven Frage einerseits politische Loyalität zu signalisieren, andererseits durch die damit ausgelöste öffentliche Kontroverse in Hongkong eine Rechtfertigung zu gewinnen, vorerst keine legislativen Schritte gegen Falungong zu unternehmen.

Schließlich wird die Funktionsfähigkeit des politischen Systems durch die mangelnde demokratische Legitimation des Regierungschefs nachhaltig beeinträchtigt. So konzentriert sich die Energie der demokratischen Öffentlichkeit Hongkongs zunehmend auf die Forderung, für die Wahl zum Regierungschef, der nach bisherigem Wahlrecht durch ein 800-köpfiges Wahlkomitee bestimmt wird, direkte Wahlen einzuführen – eine Forderung, auf die die Regierung bisher nicht eingeht. Auch die parlamentarische Arbeit des *Legislative Council* – und damit die Gestaltungs- und Einflusskraft der politischen Parteien – wird durch die mangelnde demokratische Basis erheblich beeinträchtigt (vgl. C.a., 2000/9, Ü 32). Durch die Zögerlichkeit und Passivität der Regierung im Bereich der im Grundgesetz anvisierten schrittweisen Demokratisierung des politischen Systems werden gerade im Vorfeld der für den März 2002 anstehenden „Neuwahl“ des Regierungschefs immer neue Frustrationen erzeugt, die das Bild einer patriarchalischen Herrschaft und den Verdacht der Willfährigkeit gegenüber Beijing verstärken.

Alle diese Faktoren beeinträchtigen zwar die Stabilität und Funktionsfähigkeit des von der Exekutive dominierten politischen Systems keineswegs unmittelbar. Jedoch scheinen die wiederholten Verunsicherungen – wie Gespräche mit Beobachtern des politischen Systems vor Ort nahelegen – dazu beigetragen zu haben, dass das in Hongkong erprobte Modell „Ein Land, zwei Systeme“ als ein mögliches Modell auch für eine Wiedervereinigung mit Taiwan in seiner Gesamtheit schrittweise seine Attraktivität eingebüßt hat. Sollte diese Deutung zutreffen, so könnte dies mittelfristig dazu führen, dass die parteistaatliche Führung der VR China ihr Interesse daran verliert, die politische Autonomie der SVR gezielt zu schützen. In diesem Fall wiederum stünde zu befürchten, dass die demokratischen Freiheiten in Hongkong relativ rasch erodieren könnten – ein Szenario, das vorerst allerdings reine Spekulation bleibt. (Hong Kong Journalists Association/ ARTICLE 19: „Freedom of Expression in Hong Kong: 2001 Annual Report“, in: [www.freeway.org.hk/hkja/whatnew/](http://www.freeway.org.hk/hkja/whatnew/)

whatnew.html (Aufruf 3.8.01); *Hong Kong iMail*, 2.7.01, nach BBC PF, 3.7.01; SCMP, 2., 3., 11., 13., 20., 26., 31.7.01; AWSJ, 26.6., 17.7.01; FT, 13.7.01; Gespräche der Autorin mit Politikwissenschaftlern und Medienvertretern in Hongkong im Mai 2001) -hol-

## 29 Gesetz zur Wahl des Regierungschefs nach heftiger Debatte verabschiedet

Am 11. Juli wurde vom *Legislative Council* nach heftiger Debatte ein Gesetz zur Wahl des Regierungschefs der SVR Hongkong mit 35 zu 18 Stimmen verabschiedet. Siebzehn Abgeordnete protestierten gegen die Annahme des Gesetzes, indem sie im Anschluss an die Abstimmung geschlossen aus dem Parlamentsgebäude auszogen. Von Martin Lee, dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei, wurde das Gesetz als „Wiederwahlgesetz für Tung Chee-hwa“ persifliert, der aller Voraussicht nach in der für März nächsten Jahres anberaumten Neuwahl durch ein bereits feststehendes 800-köpfiges Wahlkomitee für eine zweite Amtszeit als Regierungschef kandidieren dürfte.

Die Vorlage zu dem Wahlgesetz hatte bereits mehrere Kontroversen ausgelöst, so die Zusammensetzung des Wahlkomitees, ferner eine Klausel, wonach der gewählte Kandidat, sofern er einer politischen Partei angehöre, innerhalb von sieben Tagen nach der Wahl aus dieser Partei austreten muss (vgl. C.a., 2001/3, Ü 33); auch die Frage, inwieweit der noch amtierende Regierungschef den Zeitpunkt für eine Neuwahl eigenständig bestimmen kann, war Gegenstand erhitzter Diskussionen (vgl. C.a., 2001/5, Ü 34).

Im Zentrum der jüngsten Kontroverse stand nun eine Klausel, die allgemein die Ansetzung von Neuwahlen bei einer Vakanz des Amtes des Regierungschefs regelt, einschließlich der Ansetzung außerordentlicher Neuwahlen im Falle eines unerwarteten vorzeitigen Ausfalls des amtierenden Regierungschefs. Der an sich rein technische Regelungsbedarf in dieser Frage, in der bislang eine Regelungslücke bestanden hatte, rief eine heftige Debatte über das politische Verhältnis zur Zentralregierung in Beijing hervor.

Die Regierung der SVR hatte nämlich vorgeschlagen, die entsprechende Klausel (4) des Wahlgesetzes als „catch all“-Klausel zu formulieren. Nach dem ursprünglichen Vorschlag der Regierung sollten Neuwahlen einberufen werden, wenn (a) die Amtszeit des Regierungschefs regulär endet, (b) wenn der Regierungschef während seiner Amtszeit verstirbt, oder (c) wenn „die zentrale Volksregierung [der VR China] die Ernennung des Regierungschefs aufhebt“. Gemäß der Erklärung von Regierungssprechern wollte man unter 4 (c) alle Fälle zusammenfassen, in denen aus vorhersehbaren und unvorhersehbaren Gründen das Amt des Regierungschefs während einer regulären Amtszeit vakant werden könnte. Da aber in allen diesen Fällen die Vakanz ohnehin von der Zentralregierung in Beijing offiziell bestätigt werden müsste, ließen sich alle derartigen Fälle unter der entsprechenden Formulierung subsumieren.

Vertreter des demokratischen Lagers sahen in dieser Klausel ein äußerst bedenkliches Einfallstor für eine mögliche Absetzung des Hongkonger Regierungschefs nach dem Gutdünken der Zentralregierung in Beijing. Die Regierung der SVR wurde verdächtigt, die Klausel in geheimer Absprache mit Beijing formuliert zu haben. Auch wenn die Formulierung zunächst als eine rein technische Lösung motiviert sei, könne sie doch in Zukunft von Beijing eigenwillig ausgedeutet werden. Insofern stelle sie eine freiwillige Beschneidung der Autonomie Hongkongs und eine unnötige Abgabe politischer Macht an die Zentralregierung in Beijing dar. Andernfalls, so argumentierten demokratische Vertreter, hätte man eine Formulierung wählen können, die die Zentralregierung nicht involviert hätte. Ihr Alternativvorschlag für eine entsprechende Klausel lautete, dass dann Neuwahlen zum Regierungschef anzusetzen seien, wenn (a) die Amtszeit des Regierungschefs regulär endet, oder (b) wenn das Amt aus anderen Gründen als einer Beendigung der regulären Amtszeit des Regierungschefs vakant wird. Der Vorschlag wurde von der Regierung wiederum als zu weit gefasst abgelehnt.

Nach mehrwöchiger Debatte einigte man sich schließlich auf eine Formulierung der Klausel 4 (c), die in der nun verabschiedeten Form lautet: „[...] (c)

wenn die zentrale Volksregierung den Regierungschef in Übereinstimmung mit dem *Basic Law* seines Amtes enthebt“ („[...] if the Central People's Government removes the Chief Executive from office in accordance with the *Basic Law*“). Nach der Meinung von Befürwortern des Wahlgesetzes sei diese Formulierung nun vollständig unbedenklich, weil sie über das bereits im *Basic Law* (Artikel 2, 12, 15, 43, 45, 47, 52, 73) explizit oder implizit der Zentralregierung zugestandene Recht der offiziellen Ernennung – und folglich auch Absetzung – des Hongkonger Regierungschefs in keiner Weise hinausgehe. Jede Ernennung und Absetzung eines Regierungschefs der SVR werde danach grundsätzlich von Hongkong aus initiiert und von Beijing nur bestätigt. Die Sorge, dass die Klausel der Zentralregierung die Möglichkeit eröffnen könnte, den Hongkonger Regierungschef willkürlich abzusetzen, sei daher völlig fehl am Platze.

Die Debatte reflektiert das große Potenzial der Verunsicherung, das in dem konstitutionellen Arrangement der SVR Hongkong angelegt ist. Bewusst oder unbewusst vage Formulierungen bzw. Regelungslücken des *Basic Law* führen vor dem Hintergrund des unklaren realpolitischen Spannungs- und Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Hongkong und Beijing immer wieder zu erheblichen Verunsicherungen. Positiv zu vermerken ist allerdings – wie auch im Fall der höchst kontroversen Debatte über das Aufenthaltsrecht von Festlandchinesen in Hongkong, die Mitte 1999 eine Auslegung des *Basic Law* durch Beijing provoziert hatte – die Transparenz der Debatte. Zwar ist die Krisenanfälligkeit des konstitutionellen Arrangements der SVR nicht von der Hand zu weisen, doch beweist die öffentlich geführte Diskussion in Hongkong nach wie vor die grundsätzliche Lern- und Kompromissfähigkeit der beteiligten Akteure. (SCMP, 2., 3., 5., 12., 17., 19.7.01; IHT, 12.7.01) -hol-

## 30 Beijing verurteilt Hongkonger Gerichtsentscheidung über Aufenthaltsrecht

Ein Hongkonger Berufungsgericht letzter Instanz hat kürzlich einem dreijährigen Jungen ständiges Aufent-

haltsrecht in Hongkong gewährt. Der Junge wurde in Hongkong von einer Frau vom Festland geboren und blieb nach der Rückkehr der Frau in ihre Heimat bei dem Vater in Hongkong. Nach den rechtlichen Bestimmungen können Kinder in Hongkong ständiges Aufenthaltsrecht beanspruchen, wenn ein Elternteil Hongkonger Bürger ist (vgl. C.a., 1999/2, Ü 31) oder wenn sie in Hongkong geborene chinesische Staatsangehörige sind. In diesem Sinne hat das höchste Gericht auch entschieden, und zwar fiel das Urteil der fünf Richter einstimmig. Beijing allerdings hat sein Missfallen über dieses Urteil zum Ausdruck gebracht. Von Seiten des Rechtskomitees des Nationalen Volkskongresses wurde Einspruch erhoben. Das Gerichtsurteil, so hieß es, stimme nicht mit den Vorstellungen Beijings in diesem Fall überein. Ein Hongkonger NVK-Abgeordneter äußerte die Meinung, das Hongkonger Gericht habe Fehler gemacht, und es könne durchaus sein, dass man sich in Beijing weiter mit dem Fall befassen werde. Dies solle allerdings nicht als Konfrontation, sondern als Hilfestellung betrachtet werden.

Demgegenüber hat die Hongkonger Regierung bekräftigt, dass sie das Urteil als endgültig ansehe und nicht beabsichtige, es durch Beijing aufheben zu lassen. Dennoch ist sie mit dem Urteil nicht glücklich. Die *Secretary for Security* Regina Ip äußerte die Befürchtung, dass in Zukunft zahllose schwangere Frauen vom Festland nach Hongkong kommen könnten, um ihr Kind dort zur Welt zu bringen. Diese Kinder würden dann automatisch ständiges Aufenthaltsrecht erhalten. Das *Basic Law* verfügt eindeutig, dass in Hongkong geborene chinesische Staatsangehörige – ganz gleich, ob vor oder nach der Rückgabe an die VR China – ständiges Aufenthaltsrecht in Hongkong haben (Art. 24). Insofern ist die Aufregung um das Urteil nicht zu verstehen, denn die Rechtslage hat sich durch die Gerichtsentscheidung in diesem speziellen Fall nicht geändert. (Vgl. WSJ, 22.7.01)

Immerhin scheint die Hongkonger Regierung dieses Mal die Autonomie der Gerichte zu respektieren. Vor zwei Jahren hatte sie sich in einem ähnlichen Fall an Beijing gewandt, das Gerichtsurteil rückgängig zu machen.

Kritiker hatten damals moniert, dass damit die Autonomie und Rechtsherrschaft in Hongkong unterminiert worden seien. -st-

### 31 Chinesische Geschichte Pflichtfach

Im Rahmen der Lehrplanreform an Hongkonger Schulen hat die Regierung jetzt chinesische Geschichte zum Pflichtfach erklärt. Künftig müssen alle Schüler in Hongkong in chinesischer Geschichte unterrichtet werden. Bisher war das Fach Wahlfach; an einigen Sekundarschulen stand es überhaupt nicht auf dem Lehrplan. Durch diese Maßnahme soll die nationale Identität der Jugend gestärkt werden, ein Projekt, dem die Regierung besondere Aufmerksamkeit widmet, wird den Hongkongern doch nachgesagt, dass es ihnen an chinesischer Identität ermangele. (Vgl. SCMP, 14.7.01) -st-

### 32 Engere Zusammenarbeit zwischen Hongkong und Guangdong geplant

Auf der vierten gemeinsamen Konferenz für Zusammenarbeit zwischen Hongkong und der Provinz Guangdong (Hong Kong/Guangdong Cooperation Joint Conference) Ende Juli wurde eine Übereinkunft in sechs Punkten erzielt. Diese beziehen sich auf die Verwaltung der Grenzübergänge, die Entwicklung der Insel Nansha, die Zusammenarbeit der Flughäfen in Hongkong und im Perlfussdelta, auf den Umweltschutz, auf Wasserqualität und auf das Verkehrsnetz. Die Delegation der Hongkonger Seite wurde von Donald Tsang, neuem Regierungschef Hongkongs, sowie für die festlandchinesische Seite von Qu Guangyuan, stellvertretendem Provinzgouverneur von Guangdong, geleitet. Weiterhin nahm Chen Zuo'er, stellvertretender Direktor des Amtes für Angelegenheiten Hongkongs und Macaus beim Staatsrat teil.

Beide Seiten kamen überein, die Öffnungszeiten für den Grenzübergang Lo Wu an bestimmten Feiertagen zu verlängern. Weiterhin soll die Fußgängerbrücke Lo Wu verbreitert und bis zum Jahre 2002 mit einer Klimaanlage ausgestattet werden. Weiterhin soll untersucht werden, ob zur Entlastung

des Grenzübergangs die Öffnungszeiten am Grenzübergang Lok Ma Chau verlängert werden können und ob der Grenzübergang Huanggang in Shenzhen, der für Fahrzeuge geeignet ist, ebenfalls ausgebaut werden kann. Darüber hinaus soll unter dem Aspekt der Verbesserung des Verkehrsflusses und Beschleunigung der Abfertigung die Möglichkeit untersucht werden, ob zusätzliche Grenzübergänge mit Zollabfertigung in Shenzhen oder an anderen Stellen eingerichtet werden können.

Auf der Konferenz unterzeichneten die Vertreter der Regierungen beider Seiten außerdem eine Absichtserklärung über die wirtschaftliche Entwicklung der Insel Nansha. Der Handels- und Industriesektor sowohl in Hongkong als auch in Guangdong soll davon profitieren. Übereinkunft wurde ferner erzielt, dass eine Expertengruppe die Richtung und die Grundplanung für die Entwicklung von Nansha erarbeitet. Kooperationsbereiche sollten neue und Hightech-Industrien sein, Transport, Logistik sowie Ausbildung und Austausch von Fachkräften.

Auch eine Zusammenarbeit in den Bereichen Fracht- und Passagiertransport zwischen dem Hong Kong International Airport und den Flughäfen im Perlfuss-Delta, insbesondere mit Zhuhai, wurde zwischen beiden Seiten vereinbart. Weiterhin erfolgte eine Vereinbarung über die Verbesserung der Luftqualität. Hierzu werden die entsprechenden Umweltbehörden auf beiden Seiten eine detaillierte Planung ausarbeiten. Ebenfalls soll die Wasserqualität der Lieferungen aus dem Dongjiang auf das chinesische Festland für Hongkong verbessert werden. Es wurde außerdem vereinbart, eine gemeinsame Arbeitsgruppe für die Kooperation in der Entwicklung des E-Commerce und der E-Zertifizierung zu gründen.

Auf der Konferenz wurden auch andere Bereiche von gemeinsamem Interesse diskutiert wie die Beschleunigung der Verbindung des Westübergangs in Shenzhen nach Hongkong sowie ein Fußgängerüberweg, der Huanggang und Lok Ma Chau verbindet sowie weitere Möglichkeiten, die Verkehrsverbindungen zwischen Hongkong und Guangdong zu verbessern. (XNA, 26.7.01)

Das wirtschaftliche Zusammenwachsen der Region Hongkong mit dem Perlflossdelta hatte die Bank of China (BOC) in Hongkong bereits Anfang d.J. in einem Bericht herausgestellt. Da diese Region stark integriert sei und ihr Wirtschaftswachstum untrennbar miteinander verbunden, müsse stärker Wert auf eine Aufgabenteilung und Zusammenarbeit gelegt werden.

Die Kooperation sollte sich nach den Vorstellungen der BOC auch auf Industriestrukturen beziehen, um internen Wettbewerb und identische Investitionen zu vermeiden. Insgesamt sollten sich die Regierungen in Guangdong und Hongkong als ein regionales Wirtschaftssystem begreifen und sich mit dem zukünftigen Wirtschaftswachstum und Städtebau auseinandersetzen. Dem Bericht zufolge sei ein wesentlicher Schritt der wirtschaftlichen Integration von Hongkong und Guangdong, den freien Fluss von Arbeitskräften, Fahrzeugen, Gütern und Kapital in beide Richtungen zu ermöglichen. Notwendig seien umfassende Lockerungen des Arbeitsmarktes und des Reiseverkehrs zwischen beiden Regionen.

Der BOC-Bericht schlägt auch vor, Guangdonger Geschäftsleuten langfristige und mehrfach nutzbare Visa zu erteilen, mit denen sie nach Hongkong reisen könnten. Weiterhin sollten die Ausreise- und Einreiseformalitäten verbessert und die Zollabfertigung vereinfacht werden. Auch im Bereich des Transportsektors macht der Bericht Vorschläge wie den Bau einer Eisenbahnanbindung für den Frachtverkehr. Insgesamt fordert der Bericht eine engere Kooperation und Abstimmung zwischen den Lokalregierungen Guangdong und Hongkong. („Bank of China urges increased Guangdong-Hong Kong cooperation“, 1.2.01, <http://www.chinaonline.com/topstories/010201/1/C01013111.asp>) -schü-

---



---

## SVR Macau

---



---

### 33 Gesetzesvorlage zur Neuordnung der Glücksspielindustrie

Die Gesetzesvorlage der Regierung zum neuen „System der Glücksspielindustrie“, die am 13. Juli von Macaus zehnköpfigem Exekutivrat gebilligt worden war, wurde am 26. Juli von der Vollversammlung der 23-köpfigen Legislativversammlung generell angenommen. Über die einzelnen Artikel wird jedoch in den kommenden Wochen noch debattiert werden. Dies ist nach Macaus portugiesisch geprägtem Rechtsverfahren möglich. Maximal drei Lizenzen werden nach Ablauf des 40-jährigen Monopols der Sociedade de Turismo e Diversões de Macau (STDM, Macau Tourism and Amusement Co.) zum Jahresende vergeben werden – mit einer Laufzeit von acht bis zwanzig Jahren und einer möglichen Verlängerung um weitere fünf Jahre, maximal also 25 Jahre. Nach der Gesetzesvorlage müssen Bewerber für das Kasinogeschäft zunächst eine Aktiengesellschaft in Macau eintragen lassen und eine Bankgarantie vorlegen, über deren Summe Regierungschef Edmund Ho entscheidet. Die Lizenzen werden in einem Prozess öffentlicher und offener Offerten vergeben werden. STDM wird seine Lizenz behalten. Der geschäftsführende Direktor der künftigen Kasinobetreiber muss ein Gebietsansässiger mit ständigem Wohnsitz sein, der mindestens 10% des Kapitals der Gesellschaft hält. Edmund Ho findet diese Regelung im Sinne einer besseren Kommunikation zwischen Regierung und künftigen Betreibern vernünftig. Die Vorlage sieht eine Anhebung der an die Regierung zu zahlenden Steuer von zurzeit 31,8 Prozent der Gesamteinnahmen aus dem Glücksspiel auf 35% vor. Edmund Ho sagte in seiner ersten Stellungnahme zur Gesetzesvorlage, es gebe keinen Spielraum für eine Herabsetzung der 35%-Marke. Unterstützung findet dieser Vorschlag vor allem bei denjenigen, die für verstärkte Ausgaben der Regierung im Bereich der öffentlichen Wohlfahrt

plädieren. Die Casinos erwirtschafteten letztes Jahr einen Reingewinn von 1,43 Milliarden Patacas. Die Bruttoeinnahmen von STDM beliefen sich auf 15,8 Milliarden Patacas (eine Zunahme um 21% im Vergleich zu 1999), das Nettovermögen betrug 23,46 Milliarden. Der Regierungschef deutete an, dass die vorgeschlagene Steuerrate für lokale Investoren und Investoren aus Übersee gleichermaßen gelte. Die Neueinsteiger würden zu Anfang sicherlich keine großen Gewinne erzielen können, aber als langfristige Investition werde das Kasinogeschäft bei gutem Management immer noch eine profitträchtige Industrie sein. Die öffentliche Ausschreibung soll erst erfolgen, wenn der gesamte gesetzliche Rahmen geschaffen ist. (Macau Government Information Bureau website, [www.gcs.gov.mo](http://www.gcs.gov.mo), 13., 26.7.01; SCMP, 4.8.01) -ljk-

### 34 Geteilte Freude über Beijings Ausrichtung der Olympischen Spiele

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge wurde Beijings erfolgreiche Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2008 in Macau gesehen. Macau ist nämlich bisher – im Gegensatz zu Hongkong – von den Spielen ausgeschlossen geblieben. Vom neuen IOC-Präsidenten Jacques Rogge erhofft man sich die seit 14 Jahren vergeblich angestrebte IOC-Mitgliedschaft. Macau hat 1987 kurz nach Bildung des Olympischen Komitees von Macau den Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. Aus verschiedenen Gründen zog sich der Aufnahmeprozess bis heute hin. Für dieses Dilemma wird in Macau vor allem der vorherige IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch verantwortlich gemacht. Der Spanier Samaranch habe aus Sorge, dass zwei Problemherde in seiner Heimat – Katalanien und Gibraltar – dem Beispiel Macaus folgen und ebenfalls auf einer Mitgliedschaft im IOC bestehen könnten, den Antrag bewusst verschleppt. Der IOC hat nämlich schon immer auch „geografische Gebiete“ und nicht nur unabhängige Nationen als Mitglieder akzeptiert. So wurde z.B. Hongkong 1951 Mitglied. 1996 erfolgte dann überraschend der IOC Beschluss, nur souveräne Staaten als neue Mitglieder anzu-